



Partizipative Planung Demokratiegewinn versus Machtverlust

Eine zukunftstaugliche Stadt- und Regionalentwicklung ist nur möglich, wenn sie von der Bevölkerung verstanden, gewollt und unterstützt wird. Dies setzt transparente und partizipative Planungsprozesse voraus. Doch sehen Österreichs Politiker darin allzu oft noch eine Gefahr anstatt einer Chance. Text: Reinhard Seiß

Allein in Wien gibt es 101 Bürgerinitiativen, die unter dem Dach der österreichweiten Organisation "Aktion 21" versammelt sind. Ganze 93 davon sind dem Bereich Planen und Bauen zuzuordnen. Während "klassische" Protestthemen wie Kernkraftnutzung, Müllverbrennung oder Moscheen offenbar kaum noch Bürger hinter dem Ofen hervorlocken, vermag der Widerstand gegen spekulative Hochhausprojekte, geplante Tiefgaragen oder den Abriss von Gründerzeithäusern, aber auch das Engagement für mehr Grün in der Stadt oder die Belebung von Erdgeschosszonen immer mehr Menschen zu aktivieren.

Dahinter steht mitnichten nur das Floriani-Prinzip oder, wie es im Englischen treffend heißt, der Anspruch "Not in my backyard" – nein, das bürgerschaftliche Engagement erfolgt oft mit großer Sachkenntnis um die Zusammenhänge in einer Stadt oder Region und ist Ausdruck einer sich insbesondere für ihr unmittelbares Lebensumfeld zunehmend verantwortlich fühlenden Gesellschaft.

Umso erstaunlicher ist es, dass Österreichs Politik äußerst zurückhaltend auf dieses Angebot der Bürger, sich in die Stadt- oder Regionalentwicklung einzubringen, reagiert – zumal jene Handvoll Volksvertreter, die sich auf das Wagnis Partizipation eingelassen hat, bestätigt, dass der Innovationsgrad der Planung, die Qualität und Nachhaltigkeit ihrer Umsetzung und schließlich auch die gesellschaftliche Akzeptanz der Ergebnisse um ein Vielfaches höher sind

als bei herkömmlicher Planung und Realisierung. Zudem wäre eine konsequente Bürgerbeteiligung in der Kommunal- und Regionalplanung ein Vehikel, um die demokratische Praxis in diesem Land generell auf ein höheres Niveau zu heben – bei allen Beteiligten, so auch bei der "Vierten Gewalt" im Staat.

Österreichs Medien kommen auch beim Thema Siedlungsentwicklung kaum ihrer Aufgabe, zu informieren und zu kontrollieren, nach. Im Gegenteil: Das Gros der heimischen Presse lebt von Inseraten, nicht zuletzt aus der Bau-, Immobilien- und Automobilwirtschaft. Dem wird allzu oft durch redaktionelles Stillschweigen zu heiklen Themen oder durch geradezu propagandistische Berichterstattung über neue Projekte Rechnung getragen. Bei strittigen Planungen schlagen sich manche Zeitungen gar auf eine Seite, anstatt ausgewogen Für und Wider zu beleuchten. Der gutdotierte Kreuzzug des größten Salzburger Boulevardblatts gegen die grüne Raumordnungslandesrätin und für weitere Einkaufszentren - ganz im Interesse des regionalen Branchenführers - ist ein publizistisches Lehrbeispiel für die unheilige Allianz zwischen Wirtschaft und Journaille.

Schlägt man dagegen die "Neue Zürcher Zeitung" auf, so liest man etwa im Vorfeld von Volksentscheiden über mehrere Tage hinweg ausführliche Pro- und Contra-Argumente von externen Fachleuten sowie - klar als solche gekennzeichnet - die Meinung der Redaktion dazu. Zudem legt das Schweizer Oualitätsmedium Kosten und Nutzen von Projekten offen und erläutert, insbesondere bei öffentlichen Investitionen, dass beispielsweise ein Straßenbau auf Jahre hinaus Mittel bindet, die für andere Verkehrswegeprojekte fehlen. So werden die Bürger nicht nur als Entscheidungsträger qualifiziert, sondern auch als Steuerzahler ernst genommen: Allein daran zeigt sich das demokratische Gefälle zwischen der westlichen und der östlichen Alpenrepublik.

Transparenz fehlt

Wenn aber weder Medien noch die öffentliche Hand an seriöser Informationsvermittlung und Transparenz Interesse haben, fehlt für eine glaubwürdige Beteiligung der Bevölkerung jegliche Basis. Dieses Manko schlägt bis in den planerischen Fachdiskurs durch: So werden auch die Sitzungen des Wiener Fachbeirats für Stadtentwicklung und Stadtgestaltung, den der Bürgermeister der Stadtplanungsbehörde zur Seite

BAU5_16_KORR.indd 10 29.04.16 15:27